Die Wartburg

Deutsch-evangelische Monatsschrift

Begründet von Geh. Kirchenrat D. Friedrich Meyer in Zwickau und Konsistorialrat D. R. Eckardt in Altenburg (S.-Alt.)

Nr. 4 | Berlin, April 1927 | 26. Jahrgang

Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Goldmark.

Inhalt: Altes und Neues. Von Dr. Schwellenbach. — Das Jahr 1527 (Der Sacco di Roma). Von Adolf Kappus. — Die römische Frage. Von Dr. Reimers. — Uebertrittsbewegung in der deutschen evangelischen Kirche der Tschechei 1926. — Deutsch-protestantische Umschau. — Deutsch-protestantische Bücherschau. — Anzeigen.

Altes und Neues.

In katholischen Kreisen ereifert man sich häufig über die große Unwissenheit, die bei evangelischen Christen über das Wesen des Katholizismus herrsche. Ist jedoch nicht die Unwissenheit katholischer Christen über das Wesen des Protestantismus und über die Bedeutung des Gottesdienstes in der evangelischen Kirche meistens ebenso groß? Wie vielen Katholiken fällt es denn wohl ein, sich einmal in einer evangelischen Kirche die Feier der Beichte und des Abendmahls anzusehen und überhaupt den ganzen Eindruck eines solchen Gotteshauses und seine Schlichtheit im Vergleich zu katholischen Kirchen unbefangen auf sich wirken zu lassen? Eine wirklich innere Anteilnahme an einem nichtkatholischen Gottesdienst wird ja sogar dem katholischen Gewissen als Sünde eingeschärft. Man kann es menschlich verstehen, daß viele Christen in katholischen Kirchen einem mystischen Zauber erliegen, der ihnen als religiöse Stimmung erscheint und fromme Regungen in ihnen wachruft. Aber solche Stimmungen und Regungen bringen den Menschen sittlich nicht weiter, weil sie bald verfliegen, wenn der Gottesdienst vorbei ist und das flutende Leben außerhalb der Kirche wieder lockt. Nur durch nüchterne, klare Besinnung auf das reine Wort Gottes, wie es im evangelischen Gottesdienst ohne alle mystische Ausschmückung ertönt, gelangt man zur christlichen Freiheit, die nach Martin Luther „das Herz frei macht von allen Sünden, Gesetzen und Geboten, welche alle andere Freiheit übertrifft wie der Himmel die Erden". Gewiß deckt sich Religion nicht mit Sittlichkeit. Es gibt zahlreiche Menschen, die sich redlich bemühen und doch nicht sittlichen Fortschritt zu verspüren glauben, gerade deshalb aber den Trost der Religion verlangen. Aber wenn das Christentum Annäherung an das Christusideal sein soll, dann muß es auch in sittlichem Fortschritt und in Zunahme der christlichen Freiheit sich bekunden. Und nur auf der Grundlage einer solchen Freiheit kann die Kultur wahrhaft fortschreiten und die Menschen wirklich befriedigen, während ohne christliche Freiheit alle technischen und wissenschaftlichen Fortschritte nichts nützen, weil sie nur die Begehrlichkeit steigern und der Selbstsucht dienen. Gewiß ist auch unter der Herrschaft des Katholizismus die Kultur fortgeschritten, weil einerseits die zum Fortschritt drängende Natur des Menschen sich nicht völlig unterdrücken läßt, andererseits der Geist des Christentums immer wieder seine Schwingen regt und sich gegen Vergewaltigung auflehnt. Aber freie Bahn ist dem christlichen Geist, nachdem er im Urchristentum den heidnischen Geist verdrängt hatte, erst durch die Reformation wieder geschaffen worden. — Das ist der Fortschritt vom Katholizismus zum Protestantismus.

„Warum ich aus der katholischen Kirche austrat." Berlin, Warneck 1927. S. 104 f.

Dr. phil. Robert Schwellenbach.

Das Jahr 1527. (Der Sacco di Roma.)

Sebastian Schertlin von Burtenbach, ein Schorndorfer Bürgersohn, deutscher Kriegsheld und Feldhauptmann des Schmalkaldischen Bundes, schreibt in seinen Lebenserinnerungen:

„Anno 1527 im Januar sind wir von Posto novo bei Piacenza ausgezogen, an Knechten, Kürassieren, Spaniern und leichten Reitern 16 000 Mann stark, mit unserem Obersten, dem Herzog von Bourbon, durch des Papstes Land auf Rom zu, und haben um Bologna und sonst alles verheert und verbrannt. Am 6. Mai haben wir Rom im Sturm genommen, gegen 6000 Mann darin zu Tod geschlagen, die ganze Stadt geplündert, in allen Kirchen und sonst überall genommen, was wir gefunden, ein gut Teil der Stadt abgebrannt und seltsam hausgehalten. Der Papst floh mit Gardeknechten, Kardinälen, Bischöfen, auch anderem Hofgesind, das nicht erschlagen ward, in die Engelsburg. Darin haben wir ihn drei Wochen belagert, bis ihn der Hunger nötigte, daß er die Engelsburg mußte aufgeben. Vier von den deutschen Hauptleuten, darunter ich einer gewesen, einer von den spanischen, wurden hingesandt, um die Uebergabe der Burg entgegenzunehmen. Allda haben wir gefunden den Papst Klemens sammet zwölf Kardinälen in einem engen Saal. Hier nahmen wir ihn gefangen, und er mußte die Artikel, die ihm der Sekretär vorlas, unterschreiben. Da war ein großes Jammern unter ihnen, und weinten sehr. Wir aber wurden alle reich."

Diese, in der Ruhe des hohen Alters 50 Jahre später niedergeschriebene Schilderung gibt nur einen schwachen Eindruck von den Greueln, die man als sacco di Roma = Plünderung und Verwüstung Roms bezeichnet. Acht Tage lang war die ewige Stadt erfüllt von Raub und Mord, von Folterung und Schändung, von Brand und Verwüstung jeder Art. „Der Glanz von Rom ging mit diesem Tag zu Ende" sagt Ranke. Noch nach anderhalb Jahren sollen vier Fünftel aller Häuser unbewohnt gewesen sein. Sehr viel trug allerdings dazu die Pest bei, welche, wie immer in jener Zeit, der Kriegsfurie auf dem Fuße folgte.

Das Heer, das diesen Jammer verrichtete, war aber nicht ein türkisches, auch nicht das eines ketzerischen Fürsten, sondern das der kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät, Karls des 5. Daß es zu diesem Maß von Greueln kam, hatte allerdings seinen letzten Grund darin, daß es kein Heer mehr war, sondern eine führerloser Haufen von 10 000 bis 20 000 Spaniern, deutschen Landsknechten und zugelaufenen Abenteurern. Der eine Feldherr, Georg von Frundsberg, war unterwegs vom Schlage gerührt worden, als er sich im Lager bei Bologna seinen meuternden Landsknechten entgegenstellte. Der andere war der zum Kaiser übergegangene Herzog Franz von Bourbon. Ihm gelang es, das durch Ausbleiben des Soldes und maßlose Winterbeschwerden außer Rand und Band gekommene Heer doch noch gegen Rom zu führen; er war wie ein gemeiner Soldat einer der Vordersten

II 52

22 APR 27

beim Sturm gegen die Mauern der Leostadt. Da traf ihn eine Kanonenkugel, und er blieb tot auf dem Platze. Nun war das Heer führerlos, und die Folgen waren selbstverständlich.

Man hat schwache Versuche gemacht, die Greuel des sacco dem Luthertum in die Schuhe zu schieben. Allerdings war wohl die Mehrzahl der Landsknechte lutherisch gesinnt. Von Frundsberg kann man, trotz seines bekannten, übrigens nicht bewiesenen Wortes an Luther in Worms, dasselbe nicht sagen. Jedenfalls ist er ein Jahr nachher in der deutschen Heimat als Katholik gestorben. Trotzdem hat er unterwegs geäußert, wenn er nach Rom komme, wolle er den Papst henken. So war die allgemeine Stimmung gegen Klemens den 7. Die Landsknechte haben ja dann auf dem Platz vor der Peterskirche Luther zum Papst ausgerufen, und in Kardinalskleidern viel Mummenschanz getrieben. Aber auch ein so streng katholischer Geschichtsschreiber wie Ludwig Pastor muß zugeben, daß die allerärgsten Greuel, die abgefeimtesten Erpressungen und unmenschlichsten Quälereien von den gut katholischen Spaniern verübt worden sind.

Zur Beurteilung des ganzen Vorgangs muß man daran erinnern, daß Rom dreiviertel Jahre vorher einen ganz ähnlichen sacco erlitten hatte durch einen Heerhaufen des römischen Fürstengeschlechts Colonna. Auch damals wurde gerade die Leostadt mit dem Vatikan erstürmt, verwüstet und gründlich geplündert bis zu des Papstes Schlafzimmer. Auch damals mußte sich dieser in die Engelsburg flüchten. Und unter den Anführern war der schlimmste der Kardinal Pompeo Colonna! Dieser war (nach der Schilderung L. Pastors) mit der Beute von 300 000 Dukaten noch lange nicht zufrieden. Denn sein Ziel war eine vollständige Umwälzung in Rom, die Absetzung, ja vielleicht Tötung des Papstes gewesen. So groß war der Familienhaß und die persönliche Eifersucht innerhalb der vatikanischen Kreise. Was durfte man da vollends von den Kaiserlichen erwarten, die in dem Papst den ewigen Friedensstörer sahen! Und das mit Recht! Zwei Jahre vorher, nach der Schlacht bei Pavia und der Gefangennahme des König Franz war die Macht des Kaisers so stark, daß der Friede Europas gesichert schien. Ohne die Hilfe des Papstes hätte der freigelassene Franzosenkönig den Krieg nicht erneuern können. Aber dieser Papst, Klemens der 7., war ein Medicäer aus Florenz, also ein weltlicher Fürst. Sein Denken drehte sich in erster Linie um weltliche Macht im Kirchenstaat und in seiner Heimatstadt. Diese Macht schien ihm durch die Stellung des Kaisers bedroht, zumal dieser als König von Spanien auch in Neapel regierte. Deswegen bestärkte er Franz den 1. in seinem Wortbruch und brachte die schon erwähnte Liga von Cognac zusammen (vgl. dazu Wartburg 1926 S. 14 ff.). Das geschah unter der Losung: „Für die Freiheit Italiens!", wie wenn diese durch einen Sieg der Franzosen weniger bedroht gewesen wäre als durch den des Kaisers. Noch vor der offenen Kriegserklärung ließ der Papst trotz seines sonstigen Geizes ein Heer anwerben und gegen Mailand in Marsch setzen. Ranke urteilt darüber: „Dieser Krieg des Papstes war sein kühnster und großartigster, sein unglücklichster und verderblichster Gedanke. Die deutschen Bewegungen schien er ganz außer acht gelassen zu haben." Jawohl, die Folgen waren die Verwüstung Roms, seine eigene Gefangennahme in Italien, in Deutschland aber die Sicherung der Reformation. Denn während die päpstlichen Truppen gegen das Kaiserheer marschierten, eröffnete der Reichstag zu Speyer den lutherischen Fürsten freie Bahn zur Aufrichtung evangelischer Landeskirchen. Man kann sich denken, welche Erbitterung am kaiserlichen Hofe herrschte, der sich damals zu Granada befand. Von dort erging am 17. Dezember 1526 eine kaiserliche Staatsschrift, die zum Schärfsten gehört, was jemals gegen das politische Papsttum geschrieben worden ist. Es heißt darin (nach L. Pastor), der Papst habe die Verteidigungsmittel des apostolischen Stuhles zerstört, den Schatz der Kirche verschleudert, gegen Christus selbst und zum Verderben der Christenheit gehandelt. Der Papst könne seine Taten weder vor Gott, noch vor den Menschen verantworten, man sehe klar, daß er nur Skandal und Zerstörung des christlichen Gemeinwesens hervorgerufen habe. Wenn seine Heiligkeit fortfahre, die Waffen zu führen, dem allgemeinen Frieden zu widerstehen, so sei er nicht mehr Vater, sondern Partei, nicht mehr Hirt, sondern Eindringling. Der Kaiser müsse dann, da es keinen höheren Richter mehr gebe, sich an das heilige Generalkonzil der Christenheit wenden und demselben die Entscheidung über alle Streitigkeiten anheimgeben.

Geholfen hat auch diese Sprache nichts, und das Ende war die Verwüstung Roms und die halbjährige Gefangenschaft des „Eindringlings". Zum zweiten Male binnen zweier Jahre stand der Kaiser auf der Höhe des Sieges. Nun hätte man denken sollen, er hätte seine Macht benützt, die Kirche zu reformieren und dem Kaisertum seine alte Macht zu sichern. Es gab dazu ein ganz schönes Programm, das der Spanier Lope de Soria schon drei Wochen nach dem sacco aufs wärmste empfahl: Der Kaiser solle durch die ihm ergebenen Kardinäle einen neuen Papst wählen lassen, und die Gewalt des Stuhles Petri auf das geistliche Gebiet beschränken, da „Gott gehört, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist". Man hätte dann nur noch den Protestanten einige Zugeständnisse machen dürfen, so wäre die Einheit Deutschlands gegen Türken und Welsche siegreich dagestanden. Dafür waren ja damals viele sonst streng katholische Fürsten und Bischöfe. Hat doch Klemens der 7. noch 1531 folgende Zugeständnisse an die Lutheraner ernstlich erwogen: Das Abendmahl unter beiderlei Gestalt, die Priesterehe nach dem Brauch der Griechen und ferner, daß hinsichtlich Uebertretung kirchlicher Vorschriften nur das, was jure divino (d. h. durch göttliches Gebot im Unterschied vom Kirchenrecht) vertreten ist, als Todsünde anzusehen sei.

Wenn Karl der 5. im Sommer 1527 sich dazu entschlossen hätte! Deutschland und die Christenheit würden heute anders aussehen. Er hat es nicht getan, und er konnte es nicht, denn er war kein Deutscher und kein innerlich freier Mann. Natürlich hielt ihn auch mancher Vernunftgrund davon ab, so die Rücksicht auf die Empörung des frommen Spaniers über den sacco, weiter die Sorge vor dem gleichzeitigen Bündnis zwischen Frankreich und England. Aber der tiefste Grund war doch sein bigotter Katholizismus. Man kann es hier wieder einmal mit Händen greifen: Wer innerlich an Rom gebunden ist, der bleibt es immer zuletzt auch äußerlich, selbst in ganz weltlichen Dingen. Das ist bis heute die Quelle ultramontaner Politik und der Unzuverlässigkeit besonders der romtreuen deutschen Katholiken in Sachen ihres Vaterlandes.

Zum Frieden zwischen Kaiser und Papst kam es erst im Sommer 1529 zu Barcelona. Dieses denkwürdige Jahr muß später besonders behandelt werden. Hier aber möchte ich schon das Schlußurteil wiedergeben, das Leopold Ranke über den zweiten Medicäerpapst, Klemens den 7., gefällt hat:

„Er war unglückselig in all seinem Tun und Lassen. Wohl der unheilvollste aller Päpste, die je auf dem römischen Stuhl gesessen. Die Versuche, eine selbständige weltliche Macht zu bilden, mußte er zu einem ganz entgegengesetzten Erfolg umschlagen sehen. Der große Abfall der Protestanten entwickelte sich unaufhaltsam vor seinen Augen. In Reputation unendlich heruntergekommen, ohne geistliche, ohne weltliche Autorität hinterließ er den päpstlichen Stuhl."

Zum Schluß noch ein geschichtlicher Vergleich! Schon 443 Jahre vor dem sacco, im Jahre 1084, mußte sich ein Papst vor des Kaisers Heer in die Engelsburg flüchten. Auch damals wurde Rom in viehischer Weise mit Raub, Mord, Brand und Schändung verwüstet, kaum weniger als i. J. 1527. Aber das geschah nicht durch das Heer des Bedrängers, sondern durch das des Befreiers, des Normannenherzogs Robert Guiskard aus Apulien. Der Papst mußte trotz seiner Befreiung aus der verwüsteten Stadt fliehen, und starb in der Verbannung. Er hieß Gregor der 7.

Diese beiden siebenten Päpste zählen nicht zu den persönlich unwürdigen auf dem Stuhl Petri. Denn auch Klemens war trotz seiner Fehler ein persönlich kluger und ehrenwerter Mann. Also die Quelle des Uebels lag beide Male nicht in menschlicher Unvollkommenheit. Nein, es war die Würde des Papsttums als solche und der daraus

mit Folgerichtigkeit hergeleitete Machtanspruch, was zu solchen Greueln geführt hat. Es ist mir ein Rätsel, wie man sich in diese Geschichten versenken und doch dem Papsttum ergeben bleiben kann. Kann man es einem Luther verdenken, daß solche Kunde ihn in der Ueberzeugung bestärkte, der Papst sei der Antichrist? Und man sage nicht, das Papsttum habe sich seitdem gewaltig geändert! Aeußerlich wohl, aber nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb; innerlich ganz und gar nicht. Keinen einzigen seiner Machtansprüche hat es bisher aufgegeben, auch nicht den auf den Kirchenstaat, diese Quelle unendlichen Jammers. Es wird auch nicht anders, solange man Christi Wort mißachtet, daß das Reich Gottes inwendig in uns ist.

Rotenberg. Adolf Kappus.

Die römische Frage.

Seit 2 Jahren arbeitet man nunmehr in Italien an der Lösung der „römischen Frage", um eine endgültige Lösung des seit 1871 schwebenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche resp. zwischen Quirinal und Kurie zu finden. Ueber die Entwicklung dieser Verhandlungen während des ersten Jahres habe ich seinerzeit in der „Wartburg" Heft 7 vom Juli 1926 S. 61 ff. berichtet. Es schien zunächst, daß mit dem dort erwähnten Briefe Papst Pius des 11. an seinen Kardinalstaatssekretär Gasparri v. 18. 2. 1926 (Oss. Rom. 22./23. 2. 1926) dieser kirchengeschichtlich bedeutungsvolle Versöhnungsversuch Mussolinis fehlgeschlagen war. Und doch war es nur der erste Akt gewesen, der zum Abschluß gekommen war, wie sich bald herausstellte.

Auf den genannten Papstbrief erfolgte zunächst allgemeines Schweigen bei allen Reform- und Regierungsfreunden; das Reformprojekt der kirchlichen Gesetzgebung wurde auch nicht dem Parlament vorgelegt, wie ursprünglich geplant und von Mussolini selbst am 8. 1. 1926 verfügt worden war. Aber schon in der Ausschußsitzung vom 24. 4. 1926 griff der Abgeordnete Geremica auf das Projekt zurück. Zwar mußte er sich eine Korrektur gefallen lassen, da er von einer „immininente presentazione al Parlamento della riforma ecclesiastica" gesprochen hatte. Der Justizminister Rocco sprach in der Kammersitzung vom 13. 5. 1926 aus, daß die Regierung vielleicht die Zielrichtung des Problems geändert habe, veranlaßt durch den bereits erwähnten Papstbrief vom 18. 2. 1926: „Es hilft nichts zu verheimlichen, daß Bemerkungen, die über diese Reform in einem öffentlichen Schreiben von der höchsten kirchlichen Autorität gemacht worden sind, deren Wort stets mit größter Ehrerbietung von allen Italienern gehört worden ist, vielleicht die Zielpunkte des Problems geändert haben, welches die Kommission bei Beginn ihrer Arbeiten sich setzt. Ueber diese Verschiebung kann die Regierung keine Rechenschaft geben und wird ihre definitiven Entscheidungen noch nicht haben überlegen können." Die Worte des Ministers gipfeln in dem Ausspruch: „Der Staat im allgemeinen und der italienische Staat im besonderen ist und kann nur katholisch sein", eine Phrase, die ihm nicht nur „vivissimi applausi", sondern auch ein Dankestelegramm des „Centro Nazionale" einbrachte." Aehnliche Gedankengänge wiederholte der Minister in der Senatssitzung vom 29. 5. 1926.

Nach diesen allgemeinen Erklärungen von offizieller Regierungsseite standen zwei Möglichkeiten offen: entweder direkt mit der Kurie und dem Pontifex maximus der römischen Kirche zu verhandeln, oder — im Bewußtsein der bitteren Wermuthstropfen, die gerade von dort aus bisher in den Versöhnungskelch geträufelt worden waren — Papst und Kurie zunächst ganz und gar außer Spiel zu lassen, mit dem Klerus und den italienischen Katholiken eine Einigung zu erzielen und auf diesem Umweg einen Druck auf Papst und Kurie auszuüben.

Beide Wege sind gleichzeitig, freilich mit verschiedenem Erfolg, beschritten worden.

Zunächst der Versuch direkter Auseinandersetzung mit der Kurie. Den Auftakt bildete ein Artikel des Corriere d'Italia vom 1. 5. 1926 mit der Ueberschrift: „Lo spirito e i fatti". Es werden darin die durch die letzte Polemik zerrissenen Fäden wieder aufgenommen und es wird der Nachweis versucht, wie günstig gerade die gegenwärtige Lage für eine Beilegung des alten Zwistes sei. Beide Kontrahenten seien sich doch im Grunde genommen einig: die faschistische Regierung hat ihre bekannten Verdienste um die Hebung des religiösen Lebens, und hat stets ihren guten Willen, die Spannung zu beseitigen, bewiesen; Papst Pius andererseits hat offiziell diese Bemühungen der Regierung anerkannt, hat sogar den Zivilbehörden sein Lob für ihre Tätigkeit während des Anno Santo ausgesprochen und seinerzeit seine programmäßigen Friedensgedanken für Italien bekanntgegeben. Alle Polemik war daher überhaupt nur durch Schuld und Taktlosigkeit Dritter möglich.

In der Folgezeit werden die verschiedensten Vorschläge zu einer praktischen Lösung der Streitfrage gemacht. Die Kirche könnte sich den italienischen Verhältnissen anpassen: „Wenn die Kirche sich allen Regierungen anpaßt, warum paßt sie sich nicht jener des Garantiegesetzes z. B. an?" .... „Warum bringt die Kirche nicht lediglich Gottes Wort, d. h. warum bringt sie sich nicht selbst?" Andererseits wird die Aufhebung des Garantiegesetzes ernstlich erwogen. Man könnte statt dessen nach dem Vorbilde anderer Nationen an den Abschluß eines Konkordats denken,[1]) oder an einen Volksentscheid. Dem Papste könnten territoriale Zugeständnisse gemacht werden in der Ueberlassung eines Landstreifens zum Meer oder der Abrundung und Erweiterung seines vatikanischen Besitzes.[2]) Ja, das in Rom kursierende Gerücht, daß Mussolini die direkte Anfrage in den Vatikan geschickt habe, man möchte doch dortseits festumrissene, klare Forderungen stellen, die Regierung sei zu den weitestgehenden Zugeständnissen bereit, gewinnt angesichts derartiger Vorschläge den Grad höchster Wahrscheinlichkeit.

Aber der Vatikan, repräsentiert durch den Papst und seinen Kardinalstaatssekretär Gasparri, verharrt bei seiner feindselig abweisenden Haltung. Alle Reflexionen und Vorschläge, die sich mit der „römischen Frage" beschäftigen, gestalten sich zu Polemiken. Die Verdienste des Fascio um Religion und Kirche werden im Vatikan nicht als „correttivi", sondern nur als „modificativi" beurteilt. Gelegentlich der Nationalversammlung der „Federazione degli uomini cattolici" im Vatikan wurde den führenden Persönlichkeiten katholischer Organisationen das Verbot auferlegt, die Ausweiskarte irgendeiner politischen Partei zu besitzen. Infolgedessen wurde — horribile dictu in Italia — auch der faschistische Ausweis ausdrücklich verboten. Am schärfsten brachte jedoch eine Notiz des Osservatore Romano die unentwegte Anschauung der Kurie zum Ausdruck: „.... wir werden uns nur mit der Bemerkung begnügen, wie die Lage, in die der heilige Stuhl gebracht worden ist, seit 50 Jahren immer substantiell unverändert geblieben ist. So hat der Papst z. B., um die fundamentalen Grund- und Rechtssätze nicht zu wiederholen, die immer gegen das Garantiegesetz erhoben wurden, tatsächlich nur die „Nutznießung" der apostolischen Paläste, die zudem belastet ist mit der „Schutzaufsicht", d. h. der Verantwortlichkeit für die dort bewahrten künstlerischen und wissenschaftlichen Schätze. Auf diese Weise hat der Vikar Jesu Christi, das erhabene Haupt einer göttlichen und daher vollkommenen und souveränen Vereinigung, welche nahezu 20 Jahrhunderte zählt und Hunderte von Millionen geistlicher Untertanen in der ganzen Welt, nicht einmal „das Eigentumsrecht" seiner eigenen Wohnung, wo es Vertreter aller Staaten, Gesandte aller Völker empfängt und beherbergt, in deren Augen es nur als „geduldet" in dem Rom des Petrus erscheint. — Es genügt, daran zu erinnern, daß die Vorrechte, die ihm „gewährt" worden sind, unter denen stehen, die die Glieder des bei ihm beglaubigten diplomatischen Korps besitzen, von denen jeder Einzelne nicht nur unter dem Schutz des internationalen Rechtes leben und handeln kann, sondern auch Herr im eigenen Haus ist, oder es sein kann, sobald es ihm beliebt."

---

[1]) Der Vorschlag Arnaldo Mussolinis im Popolo d'Italia, abgedruckt im Resto del Carlino v. 8. 10. 1926.

[2]) Vergleiche zu diesen Vorschlägen auch das in der Tribuna v. 15. 10. 1926 besprochene Buch: L. H. K. La Questione Romana e la ma piu probabile soluzione. Roma, Casa editrice M. Carra. 1924.

Angesichts derartiger Stellungnahme behält der Avanti recht, wenn er schreibt: „Zwischen Himmel und Erde setzte Gott Luft und Wasser; zwischen Kirche und Staat stellte die Geschichte die Bresche von Porta Pia." Der Aerger über derartige Sprödigkeit der Kurie läßt sich freilich im anderen Lager nicht unterdrücken: „Die deutschen Priester in Südtirol werden vom Vatikan protegiert. Der Kardinal Gasparri hat offenkundige Sympathie für die Partei der „Popolari", und daher „eine logische Antipathie gegen die Faschisten-Regierung"." „Wahrscheinlich hat der Kardinal Pietro Gasparri die Zustimmung der Mehrheit des Sacro Collegio nicht für sich." „Die Tatsache steht fest, daß von den 32 italienischen Kardinälen, die in der Kurie oder in ihren Diözesen residieren, nur ungefähr 10 dem Faschismus keine Sympathie kundgegeben haben." Die faschistisch gesinnten Kardinäle „klagen den Kardinal Gasparri der Unversöhnlichkeit an und sagen, daß alle Anstrengungen der nationalen, faschistischen Regierung sich immer an den unduldsamen Feindseligkeiten des Kardinalstaatssekretärs zerschlagen werden". Man zieht daher die Abdankung des Kardinalstaatssekretärs in Betracht. „Gasparri — so sagt man — steht in vorgerücktem Alter, er ist abgearbeitet und braucht Ruhe."

Der Weg unmittelbarer Aussöhnung mit dem Vatikan erweist sich also vorläufig weiterhin ungangbar. Um so besser geht es sich auf dem anderen Wege: den italienischen Klerus und die italienischen Katholiken für die Regierung zu gewinnen — und was sich auf dieser breiten Basis dann erreichen läßt, muß die Zukunft lehren. Die faschistische Regierung geht mit Tatkraft diesem Ziele entgegen und läßt nichts unversucht, nichts unausgesprochen, was dazu dienen kann, Klerus und katholische Bevölkerung für sich zu gewinnen.[3]) Die Besserung der finanziellen Lage des Klerus „in allen seinen hierarchischen Gründen" ist nach wie vor Sorge der Regierung.

In die Kommission für die Auswahl der Schulbücher werden zwei katholische Kleriker berufen. Der Religionsunterricht wird in den öffentlichen Elementar- und Mittelschulen eingeführt. Das Fluchen soll im neuen Strafgesetzbuch als Vergehen angesehen werden, und das neue Gesetz über die öffentliche Sicherheit bestimmt: „Art. 232. Solange das neue Strafgesetzbuch nicht in Geltung tritt, werden unsittliche Reden (turpiloquio), Fluchen und öffentliche Beleidigung der im Staat zugelassenen Kulte mit einer Strafe bis 2000 Lire bestraft, falls das Gesetz nicht eine schwerere Strafe vorsieht. Die Geldstrafe bewegt sich zwischen 100 und 4000 Lire, wenn es sich um Beleidigungen des katholischen Kultus handelt." In Rom soll eine Straße nach Papst Benedict dem 15. genannt werden, und in der Königlichen Universität zu Genua wurde demselben Papst am 3. Juni ein Gedenkstein geweiht. In den Gerichtssälen und Universitätsaulen wird der Crucifixus auf ministerielle Verfügung hin angebracht. Bei der Einweihungsfeier der berühmten Kanzel von Giovanni Pisano im Dom zu Pisa erscheint Mussolini selbst und während der Segenserteilung des Kardinals Maffi „macht der Duce sich langsam Kreuzeszeichen". Der philosophische Kongreß, der im Frühjahr 1926 nach Mailand einberufen war, fand durch das Eingreifen der Regierung ein klägliches Ende. Dagegen hielt Mussolini bei der Einweihung des Wissenschaftlichen Kongresses in Bologna einen „mirabile discorso", der in dem Ausspruch gipfelte: „Meiner Meinung nach kann kein Konflikt zwischen Wissenschaft und Glaube bestehen." Als in dem berühmten „heiligen Hause von Loreto" Feuer ausgebrochen war, versicherte Minister Fedele, „daß das Ministerium alle Vorkehrungen für Wiederherstellung und künftige Schutzmaßnahmen treffen wird". Das historische Kreuz wird wieder in das Kolosseum getragen. Die Priester und Mönche, die das Keuschheitsgelübde abgegeben haben, werden von der jüngst beschlossenen Junggesellensteuer befreit. Die beiden kirchlichen Jahrhundertfeiern des heiligen Franz von Assisi und des Aloisius von Gonzaga fanden bei der Regierung aufmerksamstes Interesse. Für den Schädel des jugendlichen Jesuitenheiligen Aloisius von Gonzaga wurde ein besonderer Salonwagen auf Verfügung Mussolinis bereitgestellt, damit die Reliquie in ganz Italien herumreisen und das Jesuitentum seine Triumphe feiern konnte. Dem heiligen Franz von Assisi hatte die Regierung schon früher mehrmals ihre Sympathien zum Ausdruck gebracht.[4]) Jetzt werden 10 000 Lire für die Instandsetzung der Zufahrtsstraßen zu den Franziskaner-Heiligtümern ausgeworfen. Für die Errichtung eines Franziskaner-Instituts für Mission im Morgenlande werden 470 000 Lire bewilligt. Mussolini beteiligte sich persönlich an der Grundsteinlegung für das Franziskus-Denkmal in Mailand. Die „Botschaft" des Duce zur 7. Jahrhundertfeier des heiligen Franz von Assisi wird durch Postkarten in der Bevölkerung verbreitet, und der König wird vor Beginn der Hauptfeierlichkeiten im September nach Assisi geschickt. Freilich zu der Hauptfeier in Assisi erscheint auch der Duce nicht, sondern ordnet den Minister Fedele als Vertreter der Regierung ab. — Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es ratsam ist, bei Beziehungen mit der Kurie an entscheidenden Punkten Vorsicht und Zurückhaltung zu üben.

Was Wunder schließlich, wenn man gelegentlich auch dem Protestantismus einen Hieb versetzt, um den Faschismus als gut katholisch herauszustreichen! Der „Congresso internazionale di educazione morale", der im Herbst 1926 in Rom stattfand, wurde zunächst als „un congresso protestante a Roma" verdächtigt, erhielt aber bei der Einweihung seinen offiziellen gut-katholischen Stempel in der Rede des Professors Bodrero: „daß die einzige, mögliche Form moralischer Erziehung jene feste Lehre aus dem Evangelium Christi, interpretiert nach der Tradition der katholischen Lehre, und aus den 10 Geboten Gottes im Katechismus sei." Luthers Reformation und französische Revolution werden gleichwertig nebeneinandergestellt, oder um die für Italien prägnanteren und bedeutungsvolleren Ausdrücke zu gebrauchen: Luthertum und Freimaurerei. Vor allem aber mußte die YMCA (Young men's Christian association) im Anschluß an die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kurie über die Jugendpflege eine Sturmwelle über sich ergehen lassen: Sie versucht die Amerikanisierung der italienischen Auswanderer und treibt somit antiitalienische Propaganda. Man soll die Häuser der YMCA zu faschistischen Häusern stempeln, indem man das Liktorenzeichen daran anbringt, und vor allem ist nötig, „daß sie aufhören, Zentren der protestantischen Propaganda zu sein". Theoretisch brachte die antiprotestantische Haltung des Faschismus ein Artikel im Popolo di Roma vom 11. 1. 1927 mit der Ueberschrift „Fascismo antiprotestante" in aller Schärfe zum Ausdruck: „Die faschistische Disziplin hat vor allem großen Respekt vor jeder Form von Hierarchie, welche vom Protestantismus völlig zerstört wurde, der ein individuelles Christentum wollte." „Der Faschismus und sein Lebensspender stützen sich auf die unwiderrufliche Autorität des Katholizismus, und allen ist der Kampf bekannt, welchen der faschistische Geist gegen alle verborgenen, hinterhältigen oder offensichtlichen Formen des Protestantismus führt." „Der Faschismus „antiprotestantistico per eccellenza" ist der unversöhnliche Gegner eines Luther, Calvin und Konsorten; und von unseren Landsleuten eines Vannini, Bruno, Occhino, Socini u. a. m." —

Steter Tropfen höhlt den Stein, zumal wenn der Stein weich ist, wie der italienische Klerus und Katholizismus und weniger hart als die Kurie. Schon vor einem Jahr konnte der Abgeordnete Sandrini in der Abgeordnetenkammer erklären: „Auch auf dem Gebiete der Kirchenpolitik kann die Lage als glücklich angesehen werden, da die Masse des Klerus sich dem Staat genähert hat und beste Mitarbeit gewährt." Und die Zeitungen konstatieren: „Was die „römische Frage" anlangt, so können alle italienischen Katholiken, zum größeren Wohle unseres Vaterlandes selbst, im Herzen nur Sorge tragen, daß — bei der neuen, geistigen und politischen Atmosphäre — die gegenwärtige Lage zu einer ehrenvollen Lösung erfolgreich führen möge, welche dem heiligen Stuhl zusagt." In offizieller Weise bekennt sich die Leitung der großen katholischen Organisation, der „Azione cattolica", zu der Regierung, wenn sie an Mussolini schreibt: „Wir ver-

[3]) Ich vermeide hier die Wiederholung der bereits in der „Wartburg" Nr. 7 v. Juli 1926 S. 62 aufgezählten kirchenfreundlichen Handlungen der Regierung.

[4]) Vergleiche hierzu wieder „Die Wartburg", Juli 1926.

sichern Ew. Exzellenz, daß wir nicht nur gebetet haben und beten werden für die Erhaltung und das Wohl Ew. Exzellenz, sondern wir wollen in herzlicher und männlicher Aufrichtigkeit auch unseren bestmöglichen Anteil an Wille und Werk dazu beitragen." Ein noch devoteres Bekenntnis brachte eine Abordnung des Centro Nazionale dem Duce zum Ausdruck, dessen Einleitung lautet: „Die Katholiken des Centro Nazionale Italiano wünschen Ew. Exzellenz ihre Ergebenheit und ihre Treue auszusprechen. Beides sind nicht Gefühle, die erst seit heute bestehen. Als — bei der Erhebung des Faschismus — die Volkspartei jene Serie von Irrtümern begann, welche sie unvermeidlich zu einem unglücklichen Ende führen mußte, trennten wir uns alle, der eine eher, der andere später, von ihr." .... Den Worten haben die Taten nicht gefehlt. Als die große Anleihe des „Littorio" ins Werk gesetzt wurde, um die italienische Währung zu retten, hat der Klerus sich in tatkräftigster Weise dafür eingesetzt. Nehmen wir schließlich noch die Aeußerung des Bürgermeisters von Florenz hinzu, der bei einer Feier der Salesianer-Mission auf das Vorbild Don Boscos hinwies: „Don Bosco konnte leicht ein Heiliger und zugleich ein guter Italiener sein", oder vor allem den offiziellen Gruß des Kardinals Merry del Val als päpstlichen Legaten in Assisi: „Mein Dank geht auch zu dem, der die Zügel der italienischen Regierung in der Hand hält und mit klarem Wirklichkeitsblick gewollt hat und will, daß die Religion geachtet, geehrt und praktisch ausgeübt wird. Sichtbar von Gott beschützt, hat er mit Weisheit die Geschicke der Nation emporgehoben, indem er ihr steigenden Wert in aller Welt verschafft", so erkennt man leicht, wie geschickt und eng schon das Netz gesponnen ist, um die „questione romana" zu Grabe zu tragen. Nur die höchste kirchliche Instanz fehlt noch. Und da ist möglicherweise die jüngste Entwicklung von Bedeutung, die unter Umständen ganz neue Ausblicke eröffnet.

Zu Beginn dieses Jahres kam es zu einer neuen Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Palazzo Chigi und Kurie in der Frage der Jugendpflege, da die staatliche Gesetzgebung die kirchlichen Pfadfinder nur in Städten von 20 000 Einwohnern aufwärts zuließ, im übrigen aber nur die faschistischen Jugendvereine der „Balilla" gelten ließ. Ein nachgiebiger Brief des Papstes an den Kardinal Gasparri bedeutete geradezu die Kapitulation des Vatikans und löste die Spannung in unerwarteter Weise. Wenn der Vatikan sich nachgiebig zeigt, müssen triftige Gründe vorlegen. War es die bedrohte Lage der italienischen katholischen Missionen in China und ihr Schutz durch italienische Kriegsschiffe? Lag eine Drohung der Regierung vor, bei weiterem Widerstand eine andere Kirchenpolitik in Kraft treten zu lassen? Die Gründe sind dem Außenstehenden vorläufig verschlossen, aber sie müssen schwerwiegender Art gewesen sein, um die bisher geübte päpstliche Politik zu brechen. Am deutlichsten zeigte sich die Wirkung dieser Nachgiebigkeit an der Person des exkommunizierten Prof. Buonaiuti. Die Regierung hatte in Aussicht genommen, ihm — im Gegenspiel gegen den Vatikan — seinen staatlichen theologischen Lehrstuhl wiederzugeben, der ihm seinerzeit infolge der Exkommunikation entzogen worden war. Jetzt ließ man ihn wieder fallen, suchte aber den Verkehr mit ihm in der Oeffentlichkeit durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Kirche selbst an eine Aussöhnung mit ihm auf Grund seines Buches über Luther gedacht habe.

Auf derselben Linie liegt die Lösung einer anderen Frage. Das ganze italienische Vereins- und Korporationswesen — vor allem beruflicher Organisationen — soll im faschistischen Staat zusammengeschlossen werden. Auch hier erhebt sich die Frage: Wird der italienische Staat die bestehenden katholischen Vereine der Azione Cattolica anerkennen? Die Regierung entschied am 12. 2. 1927: Die Vereine sind nicht verboten. Der kurze, offiziöse Kommentar des Osservatore, daß der Vorstand der Azione Cattolica sobald als möglich die nötigen Anordnungen treffen wird „zur Verwirklichung des neuen (Korporations-) Gesetzes", zeigt, daß auch hier der Vatikan sich formal gefügt hat und damit im Grundsatz auch der italienische Klerus, denn ein Verein wird gewiß keine Ausnahme machen: die „Federazione del Clero", zumal angesichts ihrer früheren Sympathiekundgebungen für die Nationalregierung.

Gelingt es dem Duce und seiner Gefolgschaft, die Kurie auf diesem letzthin beschrittenen Wege der Versöhnlichkeit zu halten, dann dürfte allerdings der Tag in sichtbare Nähe gerückt sein, an dem sich die Tore des Vatikans öffnen und der freiwillige Gefangene heraustritt, um durch feierliche Handlung den Akt der Versöhnung mit dem Staate Garibaldis und Mussolinis zu besiegeln.

Rom. Dr. Reimers.

Uebertrittsbewegung in der deutschen evangelischen Kirche der Tschechei 1926.

Nach amtlichen Zahlen hatten die 64 deutschen evangelischen Pfarrgemeinden in der Tschechei, d. h. in Böhmen, Mähren und Westschlesien im Jahre 1926 durch Uebertritt einen Zuwachs von 1419 (1926: 1388) Seelen. Davon kamen 1284 unmittelbar aus der römisch-katholischen Kirche, und von den restlichen 135 wohl weitaus der größte Teil mittelbar, d. h. es handelt sich um solche, die zwischen dem Austritt aus der katholischen Kirche und dem Eintritt in die evangelische Kirche längere Frist vergehen ließen und als konfessionslos verbucht wurden.

Auf die einzelnen Gemeinden verteilen sich die Uebertritte wie folgt:

Asch 27, Fleißen 4, Neuberg 3, Roßbach 14; Budweis 7, Deutsch-Horschowitz 3, Eger 17, Falkenau 49, Görkau 4, Graslitz 12, Karlsbad 20, Komotau 43, Marienbad 4, Neudek 3, Pilsen 9, Saaz 26, Weipert 5; Aussig 136, Bodenbach 68, Brüx 26, Dux 10, Haber 5, Karbitz 27, Leitmeritz 19, Prag 21, Rosendorf 18, Schreckenstein 50, Teplitz 39, Turn 38; Braunau 15, Friedland 9, Gablonz 98, Grottau 97, Grulich 6, Haida 21, Hermannseifen 4, Hohenelbe 7, Langenau 1, Morchenstern 14, Reichenberg 103, Rumburg 13, Trautenau 20, Warnsdorf 17; Brünn 85, Christdorf 9, Hohenstadt 5, Iglau 3, M.-Schönberg 52, M.-Trübau 8, Neutitschein 11, Olmütz 16, Zauchtel 1, Znaim 12; Freiwaldau 2, Freudenthal 1, Friedek 5, Hillersdorf 9, Jägerndorf 10, Klein-Bressel 2, Kuttelberg 1, M.-Ostrau 35, Oderberg 2, Troppau 10, Tschech.-Teschen 8.

An der Spitze stehen die Gemeinden Aussig 136, Reichenberg 103, Gablonz 98, Grottau 97, Brünn 85, Bodenbach 68, M.-Schönberg 52, Schreckenstein 50, Falkenau 49, Komotau 43, Teplitz 39, Turn 38, M.-Ostrau 35. Zwischen 21 und 30 Uebertritte haben 6 Gemeinden, zwischen 11 und 20 haben 14, zwischen 1 und 10 haben 31.

Stark gewachsen sind diesmal wieder die Austritte, allerdings nicht zugunsten der römisch-katholischen Kirche, sondern weit überwiegend zur Konfessionslosigkeit. Es traten in den genannten 64 Pfarrgemeinden insgesamt 759 Personen aus, von denen sich nur 282 der römisch-katholischen Kirche zuwandten. Am meisten Austritte haben die Gemeinden Asch (60), Reichenberg (55), Bodenbach (51), Turn (40), Roßbach (38), Grottau (36) — also lauter Grenzgemeinden. Zwischen 21 und 30 Austritte haben 8 Gemeinden; zwischen 11 und 20 11, zwischen 1 und 10 28, gar keine Austritte 11.

In 17 Gemeinden überwiegen die Austritte über die Eintritte: In Asch um 33, Roßbach um 24, Neuberg und Tschech.-Teschen um 14, Dux um 13, Morchenstern um 11, Freudenthal um 10, Haber, Rumburg und Zauchtel um 7, Graslitz und Hillersdorf um 4, Karlsbad, Turn und Oderberg um 2, Hohenstadt und Freiwaldau um 1. Asch, Neuberg und Roßbach liegen in überwiegend evangelischer Gegnd, Tschech.-Teschen wenigstens in einem Gebiete mit starker konfessioneller Mischung. In Tschech.-Teschen könnte es sich auch um Uebertritte zur tschechisch-brüderischen Kirche handeln.

So gewiß also auch die bemerkenswert hohe Zahl von Austritten die zunächst Beteiligten ernstlich beschäftigt, so muß sie eben als Tatsache hingenommen werden. In einem Lande, dessen Kerngebiet von einer augenblicklich in der Welt einzig dastehenden Kirchenaustrittsbewegung erschüttert wird und über dessen Rand die Ausläufer der reichsdeutschen atheistischen Agitation hinüberwirken, wird man es als Erfolg buchen müssen, wenn diese Austrittsbewegung keine stärkeren Ausmaße annimmt, zumal da gegen die evangelische Kirche immer mit dem Schreckmittel der starken Kirchensteuer gearbeitet werden kann, während die katholische Kirche keine Kirchensteuern erhebt und wesentlich aus öffentlichen Mitteln lebt.

Um so stärker ist demgegenüber hervorzuheben, daß diese Kirche, auch unter der Ungunst politischer Zeitverhältnisse, eine so starke, gleichmäßige Anziehungskraft auszuüben vermag. Ohne diese Uebertrittsbewegung, in deren Strombett die Gewässer jener Sturmzeit vor 25 Jahren, ruhig geworden, dahingleiten, wäre die Mehrzahl der deutschen evangelischen Gemeinden der Sudetenlande zu einem mühseligen Dahinsiechen verurteilt.

Hr.

Deutsch-protestantische Umschau.

Deutsches Reich.

Vom Konkordat. Die Taktik der konkordatsfreundlichen Politiker zeigte bisher starke Aehnlichkeit mit der des Vogels Strauß. „Ein Konkordat? Was ist das?", so ungefähr lautete die Fragestellung. Jedenfalls eine ganz unaktuelle Angelegenheit. Verhandlungen darüber werden überhaupt nicht gepflogen. Oder die Verhandlungen sind noch durchaus zu keinem fertigen Ergebnis gelangt. Durchaus kein Anlaß zu künstlichen Aufregungen. Die Herren Offiziösen vergessen ganz, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn einmal die Ergebnisse der Verhandlungen fertig sind — wie wir vermuten, sind sie es schon lange —, wenn sie amtlich der Oeffentlichkeit vorliegen, an ihnen nichts mehr zu ändern sein wird, sondern das Konkordat als ganzes entweder anzunehmen oder abzulehnen sein wird. Vorher schwebt alles hinter dem Schleier der Geheimdiplomatie, die sogar in diesem Fall, wie der bayerische Vorgang zeigt, ausnahmsweise absolut dicht hält, also nicht, wie sonst derzeit landesüblich, durch Aktendiebstahl oder Indiskretion gemildert wird. Die Vorgänge der ersten Apriltage sind durchaus nicht dazu geeignet gewesen, Besorgnisse in dieser Richtung zu zerstreuen; sie haben im Gegenteil die Lage blitzartig beleuchtet, die das diplomatische Geheimspiel einerseits und das parlamentarische Schacherbedürfnis andererseits in die Konkordatsfrage gebracht hat. Auf dem Kulturtag der Deutschen Volkspartei, die im allgemeinen durchaus konkordatsgegnerisch gesinnt ist — schon wegen des starken Einschlags aus den Kreisen der höheren Lehrerschaft — ergriff auch Stresemann das Wort zur Konkordatsfrage. Die Frage stecke in ihren Anfängen noch völlig in den Ressorts. Nach dem Vorgang in Bayern heiße sie nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht", sondern „Reichskonkordat oder Landeskonkordat?" und müsse leidenschaftslos behandelt werden. Jetzt gehe der ganze Sturm gegen ein etwaiges Reichskonkordat. Es sei seltsam, wenn die Demokratische Partei im Reiche sich an diesem Sturm beteilige, während ihre Aufgabe doch in Preußen liege, um hier durch den ihrer Partei angehörigen Kultusminister reaktionäre Entschließungen zu verhindern. Wenn die Deutsche Volkspartei in der Lage gewesen wäre, im Verlauf der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage in bezug auf das preußische Konkordat eine andere als jetzt. Heute frage sich noch das eine, was von volksparteilicher Seite aus geschehen könne, um diese Entwicklung zu hemmen. Er wisse nicht, ob die Deutsche Volkspartei hierzu parlamentarisch stark genug sei. Aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei entsinne er sich aber, daß einmal ein Schulgesetz gefallen sei, trotzdem die Mehrheit dafür war. Die Parteiarbeit müßte jetzt ganz bewußt auf die Frage des Konkordats hingelenkt werden. Er sei der Ueberzeugung, daß der Einfluß der Volkspartei in diesen Fragen weit über ihre Grenzen hinausgehe. Die Volkspartei werde durch ihre Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Es gebe große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen könnten, in dieser Frage reaktionäre Wege zu gehen, wenn die Deutsche Volkspartei dagegen protestiere, weil dann Millionen ihrer Wähler zur Volkspartei kommen würden. Diese Fragen seien so bedeutsam, daß auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei sich mit ihnen befassen müsse.

Es berührt natürlich etwas seltsam, wenn die Konkordatsfrage in so unverblümter Weise zum Wählerfang ausgeschlachtet wird. Daß die Deutschnationale Partei mit Verlusten rechnen muß, wenn sie sich in Konkordatsnetze einspannen läßt, ist an dieser Stelle schon des Mehreren gesagt worden. Es braucht ja nicht gerade die Deutsche Volkspartei die Gewinnerin zu sein; wie wir die Sachlage beurteilen, ginge der Zug der Abwandernden zu der rechten Flügelpartei. Stresemanns Aeußerungen waren ja nicht gerade eindeutig. In der Presse aber, auch in dem Stresemann am nächsten stehenden Blatte, wurde sie mit der Schlagzeile „Stresemann gegen das Konkordat" angekündigt, und die darauf folgende Entschließung sprach sich gegen den Abschluß eines Konkordats überhaupt aus. Aber schon 24 Stunden nachher sprach Stresemann bei einer Versammlung der Parteibeamten, daß seine Rede keineswegs eine Kampfansage gegen den Konkordatsgedanken gewesen sei; „ich befinde mich in meinem Standpunkt zu dem Gedanken des Reichskonkordats, zu dem ich als Mitglied des Kabinetts bereits Stellung zu nehmen hatte, in vollkommener Uebereinstimmung mit den Erklärungen, die der Reichskanzler seinerzeit über den Stand dieser Dinge und ihrer Entwicklung abgegeben hat". Wieder am nächsten Tag erklärte Stresemann im Reichstag das Konkordat für „wünschenswert", mit dem nichtssagenden Zusatz: es komme allerdings auf den Inhalt an.

Man kann dem „Reichsboten" nicht Unrecht geben, der (81) dazu bemerkte:

„Am Sonntag, den 3. April, hielt Herr Stresemann eine bedeutsame Rede zu der Konkordatsfrage auf der fünften Kulturtagung der Deutschen Volkspartei. Welche überraschte.

Am Montag, den 4. April, hielt Herr Marx eine Ministerbesprechung ab und forderte Erklärungen. Herr Stresemann hielt am Abend in der Versammlung der Parteibeamten der Deutschen Volkspartei eine nicht weniger bedeutsame Rede zu der gleichen Frage, welche nicht weniger überraschte.

Am Dienstag, den 5. April, erbat man im Reichstage von Herrn Stresemann weitere Erklärungen, welche weitere Ueberraschungen waren.

Wenn der Diplomat Ja sagt, meint er Vielleicht; wenn er Vielleicht sagt, meint er Nein; wenn er Nein sagt — ist er kein Diplomat.

Der Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann sagte am 3. April: Konkordat — Nein! Am 4. April: Konkordat — Vielleicht! Am 5. April: Konkordat — Ja!

Große Bewegung und lebhaftes Hört! Hört! Herr Stresemann aber sagte: „Ich weiß nicht, warum Sie Hört! Hört! rufen." (Siehe oben.)

Das erstemal war die Volkspartei begeistert, das Zentrum verstimmt. Das zweitemal waren beide verstimmt. Das drittemal war das Zentrum begeistert, die Volkspartei verstimmt.

Aber „die anderen" (siehe unten) werden sich nicht beunruhigen über die kühnen Worte des Herrn Stresemann zur Konkordatsfrage am Sonntag, den 3. April:

„Sorgen Sie dafür, daß wir Führer sind in diesem geistigen Kampf und die anderen mitreißen!""

Die nächste Folge war eine parteioffiziöse Erklärung der Deutschen Volkspartei, die von einem erträglichen Konkordat redete; „eine vernünftige Einstellung kann nicht den Gedanken des Konkordats grundsätzlich bekämpfen". Damit ist auch die Deutsche Volkspartei aus der zuverlässigen Kampfreihe abgeschwenkt, und der Mitgliederzuwachs, den sich der Stresemann vom Sonntag versprach, könnte sich dank dem Stresemann vom Dienstag in eine Abnahme verwandeln. Auch die Erklärung, die der demokratische Führer Dr. Koch am 4. April im „Demokratischen Zeitungsdienst" veröffentlichte, ging der Frage, ob ein Konkordat als solches abzulehnen sei, sorgfältig aus dem Wege. Begreiflicherweise will die Partei dem Kultusminister Dr. Becker keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten. Im Kulturausschuß der Deutschnationalen Volkspartei erklärte Graf Westarp, die Fraktion lege jedenfalls Wert darauf, daß jedenfalls das Schulgesetz unter Dach und Fach gebracht sei, bevor der Frage des Konkordats nähergetreten werden könne. Das ist an sich sicher politisch durchaus richtig gesehen. Wenn die römische Seite ihre Schulwünsche auf dem Konkordatswege gesichert hat, so wird ihr Interesse am Schulgesetz wieder im Abnehmen sein, und damit einem Bündnis mit der Linken der Weg wieder offenstehen.

So gilt es denn, sämtlichen Parteien zu zeigen, daß die Forderung weiter Kreise im deutschen Protestantismus und darüber hinaus in der Ablehnung des Konkordatsgedankens an sich besteht, und daß wir kein „erträgliches" Konkordat kennen. Schon aus diesem Grunde ist es Ehrenpflicht, an der vom Evangelischen Bund veranstalteten Unterschriftensammlung gegen das Konkordat kräftigen Anteil zu nehmen, also nicht nur selbst zu unterschreiben, sondern auch weitere Unterschriften zu sammeln. Der Abschluß der Unterschriftensammlung ist am 1. Mai. Auch im Ausland wohnende Reichsangehörige können unterschreiben.

Das Berliner Lutherdenkmal und die Kommunisten. Bei einem ihrer landesüblichen Demonstrationszüge hielten die Berliner Kommunisten eine improvisierte Versammlung auf dem Neuen Markt ab und benutzten dabei das Lutherdenkmal als Rednertribüne und als Aufstellung für ihre Bannerträger, so daß die Gestalten an den Ecken des Denkmals ganz mit roten Fahnen bedeckt waren. Die Polizei stand dabei und hatte gegen diese eigenartige Verwendung des Lutherdenkmals nichts einzuwenden. Im Namen der Berliner Protestanten hat sich daher der Berliner Hauptverein des Evangelischen Bundes beschwerdeführend an das Polizeipräsidium gewandt. Das Denkmal ist einst von den treu evangelischen Berlinern als Zeichen ihrer Verehrung und Dankbarkeit gegen Luther errichtet und der Stadt Berlin in Obhut gegeben worden, die dem Denkmal Schutz und Pflege versprach. Der ganze Vorfall berührt um so merkwürdiger, als beinahe gleichzeitig sich der bekannte Vorfall am Bismarckdenkmal ereignete: Der Vorsitzende des Ostmarkenvereins, General von Wrisberg, wurde, als er bei der Niederlegung eines Kranzes ein paar huldigende Worte sprechen wollte, von der Wache verhaftet; er erlitt in der Erregung einen Schlaganfall und war auf der Stelle tot. Ein Bismarckdenkmal „schützt" man also selbst vor Bismarcks Verehrern. Aber was ist den „Vätern unserer größten Stadt", deren Bürgermeister nach seiner Wahl aus der evangelischen Kirche austrat, heute Luther?

Nach dem Elsässer Heimatbund der Eupener Heimatbund! Der Bischof von Lüttich hat in einem Erlaß die Geistlichkeit seiner Diözese vor der Tätigkeit und Unterstützung des deutschen Heimatbundes in den Kreisen Eupen, Malmedy und St. Vith gewarnt, weil er „Bestrebungen verfolge, die den Gläubigen von Nachteil sein könnten". Das ist selbst der „Köln. V.-Z." zuviel. Sie schreibt: „Der Oberhirt der Lütticher Diözese, dem die kirchlichen Angelegenheiten der an Belgien verlorenen deutschen Gebiete der Rheinprovinz anvertraut sind, glaubt, genügende Gründe zu haben, um dem Klerus die Unterstützung und Mitgliedschaft des Heimatbundes zu verbieten, angeblich weil der Heimatbund unter „augenfälliger Mitwirkung Deutschlands" verbreitet werde. Da sich der Heimatbund besonders die Erhaltung der deutschen Sprache und der deutschen Kultur zum Ziele gesetzt hat, und dies ohne Zweifel zu den Rechten der völkischen Minderheiten gehört, wie sie in den Friedensverträgen verbürgt worden sind, so ist das Vorgehen des Bischofs von Lüttich rechtlich durchaus anfechtbar. Den Deutschen der drei abgetrennten Kreise kann das Recht auf Pflege ihrer Eigenart ebenso wenig bestritten werden wie den Flamen, die ebenfalls im Verband des belgischen Staates wohnen. Durch seinen Erlaß hat der Bischof daher eine Reihe ernsthafter Erörterungen heraufbeschworen. Er muß dafür die Verantwortung tragen."

Wir vermuten, daß „Erörterungen", auch wenn sie sehr „ernsthaft" sind, den Bischof von Lüttich kalt lassen werden. Die drei von Belgien geraubten Aemter wurden 1921 vom Papst von ihren deutschen Diözesen losgelöst und zu einem selbstständigen Bistum gemacht, dieses aber „in Personalunion mit dem Bistum Lüttich vereinigt", also zum Lütticher Bistum geschlagen. Damals schon konnte man erwarten, was jetzt eingetreten ist. Nebenbei ist es dem Bischof in demselben Erlaß sehr darum zu tun, daß die Priester von Eupen-Malmedy statt des deutschen schwarzen Priesterrocks die belgische Sutane tragen.

Oesterreich und Erbstaaten.

Gemeindenachrichten. In Hohenelbe (Bö.) wurde eine Ortsgruppe des Deutsch-Evangelischen Bundes, in Grulich ein Frauen- und Mädchenverein gegründet.

Die Einweihung der Kirche in Rochlitz a. d. Iser soll am 26. Juni stattfinden.

Die Uebertrittsbewegung führte in der Tschechei im Jahre 1926 den evangelischen Gemeinden 1419 neue Gemeindeglieder zu. Ein ausführlicherer Bericht findet sich an anderer Stelle dieses Blattes.

Persönliches. In St. Veit a. d. Glan (Kärnten) starb im Alter von 93 Jahren der Kurator der evangelischen Gemeinde, Buchdruckereibesitzer Heinrich Schlick d. Ae. Auch einer jener alten Getreuen, die ihre Gemeinde von den ersten allerbescheidensten Anfängen an nach allen Kräften gefördert haben. Die Entstehung und der Ausbau der Predigtstation, die Errichtung des Vikariats, die Umwandlung in eine Filial-, dann in eine Pfarrgemeinde — an alledem war seine umsichtige Arbeitskraft und seine Liebe zur evangelischen Kirche in hervorragendem Maße beteiligt. — Ebenso verlor die Gemeinde Braunau in Böhmen ihren langjährigen hochverdienten Kurator, zuletzt Ehrenkurator, Generaldirektor Gustav Gyger.

Vikar Dr. Thomas aus Klagenfurt tritt in gleicher Eigenschaft in den Dienst der reformierten Gemeinde in Wien. Vikar Wirthgen von Wien und Vikar Dr. Schneider aus Saaz kehren in den heimatlichen (sächsischen) Kirchendienst zurück. Das neuerrichtete zweite Vikariat in Wiener-Neustadt wurde durch Kand. Eichmeyr besetzt, das Vikariat in Kaaden (Böhmen) mit dem Hilfsgeistlichen Alwin Rath aus Köslin (Pommern).

Von der evangelischen Bewegung unter den Ruthenen. Die polnische Regierung hat den in Stanislau tätigen ruthenischen evangelischen Geistlichen Buczak, der Ruthene ist, aber amerikanisches Staatsbürgerrecht besitzt, als lästigen Ausländer ausgewiesen. Die „Schweiz. Ref. Zeitung" meint dazu, das werde in Amerika, dem klassischen Land völliger Religionsfreiheit, einen ziemlichen Eindruck machen. Wir fürchten, daß das den Polen völlig gleichgültig sein wird. Sie haben in diesem Stück längst keinen guten Ruf mehr zu verlieren, und die Weststaaten unterstützen sie doch. In Amerika hätte man sich solche Dinge überlegen müssen, ehe man einen Wilson in Europa Weltgeschichte spielen ließ.

Die evangelischen Slowaken. In der von einem Kirchenpräsidenten und einem Landesbischof mit herausgegebenen „Neuen Kirchl. Zeitschrift" (Februar 1927) behandelt der slowakische Bischof Zoch in einem längeren Aufsatz die evangelisch-lutherische Kirche in der Slowakei. Dabei hebt er mit Genugtuung hervor, daß die Führer der Revolution im Kriege (1914—1918) und die Führer der Arbeit bei der Gründung des neuen Staates beinahe alle evangelisch gewesen seien. Sollte sich hier der Verfasser und die, die seine Arbeit aufgenommen haben, nicht in der Adresse der Leser getäuscht haben? Dieser Hinweis mag in Prag und Paris einigen Eindruck machen; reichsdeutsche Leser werden doch wohl nur ein Zugeständnis des seinerzeit mit edelster Entrüstung abgeleugneten Hochverrats erblicken. Der Schreiber dieser Zeilen ist noch im Sommer 1918 fast gesteinigt worden, als er bei der Versammlung eines evangelischen Hilfsvereins auf den Hochverrat der Tschechen hinwies. — Und warum in einer für einen deutschen Lesertreis bestimmten Abhandlung die alten geschichtlichen deutschen Ortsnamen hinter Neubildungen versteckt werden müssen, von denen kein Mensch weiß, was damit gemeint ist?

Professor Ude. In der Presse finden wir die Nachricht, daß das gegen den katholischen Professor der Theologie Dr. Ude in Graz ergangene Redeverbot im Zusammenhang mit den österreichischen Bundestagswahlen aufgehoben worden sei. Jedenfalls war das Verbot erst vor kurzer Zeit erneuert worden. Dr. Ude war unter Berufung auf seine geistliche Gehorsamspflicht aufgefordert worden, „alle die jetzige christliche Regierung angreifenden agitatorischen, aufreizenden Reden zu unterlassen; die Agitation für die von ihm gegründete Wirtschaftspartei mit Rücksicht auf die Gefahr der Schädigung und Spaltung der katholischen Partei einzustellen; jede Verbindung mit kirchenfeindlichen Blättern und Parteien wegen des öffentlichen Aergernisses aufzugeben". Seine Anhänger, die es mit ihrer Männerwürde für vereinbar fanden, beim Bischof ergebenste Vorstellungen zu machen, wurden mit dem Hohn abgespeist, daß das theologische Lehramt, wenn es entsprechend ausgefüllt werde, seinen Inhaber derart in Anspruch nehme, daß eine so ausgedehnte und aufregende Tätigkeit, wie sie der Wirtschaftsverein verlangen würde, mit der vollen Erfüllung der Lehrtätigkeit unvereinbar sei; eine Vernachlässigung dieser Pflichten aber sei durch ein päpstliches Rundschreiben mit Erhebung vom theologischen Lehramt bedroht. Selbst diese Mannesseelen wunderten sich darüber, warum denn z. B. dem Prälaten Seipel sein Lehramt gestatte, Oesterreich zu regieren; oder warum dem erst vor kurzem wegen schlimmer Korruptionsgeschichten aus dem politischen Leben verschwundenen Dechanten Prisching das gewiß doch auch wichtige Amt des Dechanten es erlaubt habe, Landeshauptmann in Steiermark zu werden, warum Prälat Hauser Landeshauptmann in Ober-Oesterreich habe sein können, warum überhaupt so viele Kleriker in Oesterreich führende politische Rollen inne haben konnten.

Wenn nun wirklich Ude endlich Redefreiheit erhalten hat, so mag wohl die Furcht mitgewirkt haben, daß der Ude mit dem Schloß vor dem Munde für die Wahlkämpfe gefährlicher hätte werden können als ein redender Ude.

(Soeben nach Schluß des Blattes lesen wir, daß Ude zwar reden darf, aber gezwungen würde, auf seine Kandidatur zum Abgeordnetenhaus zu verzichten.)

Ein Kuriosum von den Bundestagswahlen. Die Wiener Judenschaft legte Verwahrung gegen die Festlegung des Wahltages auf den 24. April ein, da dieser Tag in die Passah-Feiertage fällt. Dem Einspruch wurde allerdings nicht stattgegeben. Er gab aber Gelegenheit zu der Erinnerung, daß die Juden noch nie etwas dagegen zu erinnern fanden, daß der Wahltag stets auf einen christlichen Sonntag zu fallen hat; und daß die zahlreichen jüdischen Parlamentarier sogar zum Zustandekommen dieser Gesetzesbestimmung sehr viel beigetragen haben.

Ausland.

Italien. Italienische Blätter berichten (lt. Sem. Relig. 10) über den Vortrag eines Jesuitenpaters Oldra in Turin, der nicht nur die über Ketzer in der Vergangenheit verhängten Todesstrafen rechtfertigte, sondern auch für die Ketzer der Gegenwart forderte: „Wenn die Kirche alle Mittel christlicher Geduld erschöpft hat, wenn jeder Versuch der Ueberredung, jeder geistliche Ansporn, jeder materielle Stachel wirkungslos geblieben, wenn der Schuldige, seines Vermögens beraubt und aus der Gesellschaft, die er mit der Seuche, die ihn ergriffen hat, verpesten will, hartnäckig im Bösen seine ketzerische Propaganda fortsetzt und beharrlich die öffentliche Ordnung und die Ruhe der christlichen Gewissen stört, so bleibt der Kirche zu ihrer Verteidigung und zur Verteidigung ihrer Untertanen und um den Ketzer zur wahren Auslegung und zur Unterwerfung unter die katholische Lehre zu bringen, nichts anderes übrig als auf das letzte Mittel der Todesstrafe zurückzukommen." „Erinnern Sie sich — schloß der Redner — daß die Ketzer das Verfluchteste waren, was sich je und je gegen den katholischen Glauben ergießen konnte: verbrecherische, sittenlose, abscheuliche Menschen, voller Boshaftigkeit, ohne Ehrfurcht, vaterlandsfeindlich, antisozial. Erinnern Sie sich an die Katharer, die eben, weil sie nichts als Eine Pestbeule waren, die Stinker hießen; erinnern Sie sich der Ketzereien der Waldenser, der Albigenser, der Anglikaner, der Lutheraner und aller dieser nach Christenblut gierigen Vandalen . . . Erinnern Sie sich, daß ein Ketzer schlimmer ist als der schwerste Verbrecher, und Ihr Gewissen wird sich nicht beunruhigen vor einer Strafe, die notwendig ist, um die

Welt von allen Keimen sittlicher und physischer Ansteckung zu befreien."

Frankreich. Die T.U. drahtet von Rom am 21. Februar: „Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich der Vatikan bereits Anfang Dezember v. J. mit der französischen Regierung in der viel umstrittenen Frage der Botschaft beim Vatikan geeinigt. Danach bleibt die französische Botschaft beim Vatikan bestehen und Frankreich erhält verschiedene im Lausanner Friedensvertrag aufgegebenen Rechte im Orient seitens des Vatikans wieder zurück. Der Schutz der Orient-Christen wird gewissermaßen Frankreich wieder übertragen. In den katholischen Kirchen des Orients soll wieder im Kirchengebet des französischen Schutzes gedacht werden. Der „Messagero", der sonst durchaus franzosenfreundlich ist, kritisiert sehr die Frankreich wiedergegebenen Vorrechte der Kirche. Die Zeitung bemerkt, daß die italienische Regierung für die Orient-Christen weit mehr getan habe, als die französische, und daß auch England „die sehr teuer erkaufte Einigung zwischen Kirche und französischer Regierung in Palästina nicht gutheißen könne". Die italienische Regierung könne keineswegs zugeben, daß die im Orient lebenden Italiener für eine andere Macht als für ihre eigene beten müssen."

Da haben wir also den Preis, um den die Verurteilung der „Action française" erkauft wurde. Man hätte sich in Frankreich, Italien und — Deutschland weniger die Köpfe zerbrechen müssen, was für „deutschfreundliche" Hintergründe hier verborgen liegen. Sogar von einer Umstimmung Frankreichs durch den Papst zugunsten der österreichischen Anschlußbewegung wußten talentvolle Pressejünglinge zu raunen. Die Action française denkt allerdings zunächst an nichts weniger als an die Unterordnung unter das päpstliche Urteil, wenngleich das päpstliche Verbot ihr gegenüber eine nicht zu unterschätzende, aber keineswegs vernichtende Wirkung geübt hat.

Wenigstens berichtet selbst der Ritter von Lama, der ja im allgemeinen jede vatikanische Niederlage in einen Sieg umzufrisieren versteht, daß heute Frankreich offen und geradewegs einem Schisma zutreibt. Wie der Ritter meint, „trägt dafür (so) einen großen Teil der Schuld die französische katholische Presse, die durch ihr vollkommenes Versagen in der Abwehr nationalistischer Lügen und Verleumdungen dazu beiträgt, daß die Haltung des Heiligen Vaters verkannt und mißdeutet wird" (N. R. 23). Oder mit anderen Worten: Die katholische Presse Frankreichs ist so frei, eine causa noch lange nicht für finita zu halten, auch wenn Roma locuta.

Daß der Vatikan, wie vor einiger Zeit Südslawien gegenüber, Vorausbezahlung leisten mußte, d. h., daß das Abkommen mit dem Vatikan erst geraume Zeit nach dem Verbot der Action française veröffentlicht werden durfte, ist gerade auch kein Vertrauensbeweis.

Deutsch-protestantische Bücherschau.

Renaissance. Wer in das Verständnis der Renaissance durch die Lektüre von Jacob Burckhardt oder auch Graf Gobineau eindringen will, der wird bald merken, daß er dadurch nicht zum Ziele kommt. Denn Burckhardt erdrückt den unbewanderten Leser durch die Fülle des Stoffes und der Gestalten; Gobineau aber setzt die Kenntnis der Geschichte der Renaissance erst recht voraus, wenn die Lektüre seiner prachtvollen Szenen Genuß bereiten soll. Man muß an die Quellen selbst herangehen, wenn man das Wesen der Renaissance verstehen lernen will. Hier ist der Verlag von Eugen Dieterichs (Jena) in glücklichster Weise einem fühlbaren Bedürfnis entgegengekommen, indem er das große Quellenwerk: „Das Zeitalter der Renaissance, ausgewählte Quellen zur Geschichte der italienischen Kultur" unter der Leitung von Marie Herzfeld herausgeben ließ. Zwei Bände dieser prächtig ausgestatteten Sammlung liegen mir zur Besprechung vor (I. Serie, Bd. 10): Alessandra Macinghi negli Strozzi, Briefe, herausgegeben und eingeleitet von Alfred Doren (mit 10 Bildtafeln, 375 S. 8° 1927 11,50 RM., Halbpergt. 15 RM.). Die Frau, deren Wesen und Charakter uns in diesen Briefen deutlich wird, ist wesentlich anders geartet, als man sich gewöhnlich die Frau der Renaissance denkt. Keine gelehrte Frau, sie zeigt keine dichterischen Fähigkeiten, sie ist nicht die Spur emanzipiert, sie will nicht mit den Männern wetteifern. Sie ist der Typus einer Florentiner Patrizierfrau des 15. Jahrhunderts, die „als abgeschlossene, kräftige, selbständige Persönlichkeit von herb-stolzer Eigenart vor uns steht und uns Seiten im Kulturleben von Florenz in jener Periode enthüllt, von denen die Geschichte nicht allzu viel zu erzählen weiß". Durch schwere Schicksalsschläge läßt sie sich nicht unterkriegen, sorgsame Verwalterin des Familienbesitzes, liebevolle sorgende Mutter der beiden Töchter, die warnende, mahnende, ermunternde Beraterin der erwachsenen Söhne. Die Quelle aber, aus der dieses tapfere mütterliche Herz gespeist wird, ist ein unerschütterliches Gottvertrauen, das auch das Schwerste, was den Menschen treffen kann, überwindet.

In den siebziger Jahren des 15. Jahrunderts ist das andere Werk entstanden, dessen Hälfte nun in neuem Gewande herausgegeben worden ist (II. Serie, Bd. 7): Christoforo Landino, Camaldolensische Gespräche (Herausgegeben und eingeleitet von Eugen Wolf. Mit drei Bildtafeln, 163 S. 8° 1926 6 RM., Halbleder 10 RM.). Diese Gespräche führen uns mitten in das geistige Leben der Renaissance hinein. Landino war eine der erfreulichsten Gestalten der Renaissance, ein lauterer, edler Charakter. Sein berühmtestes Werk, die Camaldolensischen Gespräche, hat er ganz nach dem Muster der Platonischen Dialoge aufgebaut. Die bedeutendsten Köpfe des Medicäerkreises, Leone Battista Alberti, Christoforo Landino selbst, auch Lorenzo Magnifico in eigener Person und andere werden hier redend eingeführt. Und diese großen Gelehrten, deren historische Sendung es war, sich durch Versenkung in die Platonische Philosophie herauszuringen aus der Enge scholastischer Spitzfindigkeit, läßt nun Landino tiefsinnige Gespräche führen. Das erste Buch handelt über das beschauliche und tätige Leben. Und gerade für uns abgehetzte Menschen der Gegenwart ist es überaus wohltuend und lehrreich, zu beobachten, mit welcher abgeklärten Ruhe und Gelassenheit von diesen Männern das aufgestellte Problem geprüft, nach den verschiedenen Seiten erwogen und endlich seiner Lösung entgegengeführt wird, die in einer Vereinigung der beiden Lebensformen gefunden wird. Noch schöner vielleicht ist das zweite Buch, das über das höchste Gut handelt. Denn seine Wechselgespräche sind nicht nur ausgezeichnet durch philosophische Tiefe, sondern auch erfüllt von echt religiösem Leben, aufgebaut auf ernster, männlicher Frömmigkeit.

Ernst Krahnert.

In unserem Verlage ist erschienen:

Der Jesuit

Durchlittenes und Durchkämpftes aus dem Leben des Karl-Maria von Feldberg

Von

F. G. Freiherr von Rechenberg

8°. 156 Seiten. M. 2.—

Säemann-Verlag, Berlin W 10

Postscheckkonto Berlin Nr. 46692.

Neuerscheinungen

des Verlags des Evangelischen Bundes, Berlin W 10

(Postscheckkonto: Berlin 18124)

Protestantische Studien

Heft 7: **„Görres und der Protestantismus"**, nach den Quellen dargestellt von Lic. Friedrich Otto zur Linden. 50 S. 90 Pf.

Heft 8: **„Das Konkordatsproblem der Gegenwart"** von Geheimem Konsistorial-Rat Universitäts-Professor D. Carl Mirbt. 2. Auflage. 60 S. 1,25 M.

Heft 9: **„Langbehn, der Rembrandtdeutsche"**, von Geh. Reg.-Rat D. Dr. Cornelius Gurlitt. 92 S. 1,25 M.

Heft 10: **„Um Luthers Erbe in Kampf und Wehr".** Grundsätzliche Betrachtungen zu dem Gegensatz zwischen Katholisch und Evangelisch. Von Pfarr. Paul Staudte. ca. 96 S. 1,50 M.

Verantwortlicher Schriftleiter: D. Friedrich Hochstetter in Berlin-Niederschönhausen (Nordend). — Verlag: Saemann-Verlag (H. Rohde) in Berlin W 10. Postscheckkonto Berlin 46692). — Druck: Montanus-Druckerei, Berlin W 35.